

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Franziska Gminder,
Verena Hartmann und der Fraktion der AfD**

Personalentwicklung im Staatswald

Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel (z. B. Waldumbau durch Einbringung von trockenheitsresistenteren Mischbaumarten) sowie die angestrebte weitere Mobilisierung von Holzreserven erfordern nach Auffassung der Fragesteller zukünftig eher mehr als weniger qualifizierte Fachkräfte (sowohl Forstwirte bzw. Waldarbeiter als auch Forst-Ingenieure bzw. Revierförster).

Im Rahmen der Digitalisierung bestehen dabei besonders anspruchsvolle Aufgaben bei der Entwicklung von innovativen Forst-Holz-Logistikketten sowie bei der Entwicklung von abgestimmten forstlichen Informationssystemen für Forstinventur und Forstplanung. Darüber hinaus ist der Kleinprivatwald bei der angestrebten Mobilisierung von Holzreserven nach Auffassung der Fragesteller nach wie vor auf professionelle Beratung und Betreuung angewiesen.

Trotz dieser immensen zukünftigen Aufgaben und Potenziale sehen sich die staatlichen Forstverwaltungen bzw. Forstbetriebe mit einer zunehmenden Überalterung der Personalstruktur konfrontiert. So betrug beispielsweise im Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) im Jahr 2017 der Altersdurchschnitt über alle Beschäftigtengruppen 54 Jahre (Geschäftsbericht des LFB 2017). Der Prozess des Personalabbaus in Verbindung mit der Nichtbesetzung freier und freiwerdender Stellen stellt laut LFB ein betriebliches Risiko dar.

Angesichts dieser Problematik ist es nach Ansicht der Fragesteller unklar, wie die Waldstrategie 2020 der Bundesregierung in den nächsten Jahrzehnten umgesetzt werden soll. Die Effizienz der staatlichen Forstverwaltungen und Forstbetriebe muss jedoch durch ausreichendes und gut ausgebildetes Personal auf allen Ebenen nicht nur gehalten, sondern aufgrund der herausragenden Bedeutung der Zentralressource Wald möglichst noch verbessert werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Zahlen zur Personalstruktur (Lehrlinge, mittlerer Dienst bzw. Büropersonal, gehobener Dienst bzw. Revierleiter, höherer Dienst) der staatlichen Forstverwaltungen bzw. Forstbetriebe in Deutschland liegen der Bundesregierung vor (bitte jeweils differenziert nach Bundesländern sowie Bundesforst beantworten)?

Wie viele Anwärter für den gehobenen Dienst wurden seit 1996 je Bundesland ausgebildet?

2. Wie viele der ausgebildeten Forstwirte wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren als Angestellte übernommen (bitte jeweils differenziert nach Bundesländern sowie Bundesforst beantworten)?

3. Wie verläuft nach Kenntnis der Bundesregierung die jeweilige Entwicklung der Altersstruktur seit 1995 (bitte jeweils differenziert nach Bundesländern sowie Bundesforst beantworten)?
4. Wie haben sich die geleisteten Überstunden und die Krankheitstage nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren entwickelt (bitte jeweils differenziert nach Bundesländern sowie Bundesforst beantworten)?
5. Gibt es eine Prognose der zukünftigen Personalstruktur?

Wenn ja, wie wird die voraussichtliche Situation im Jahr 2030 aussehen (bitte jeweils differenziert nach Bundesländern sowie Bundesforst beantworten)?

6. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um das notwendige Personal zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben zur Verfügung zu stellen?
7. Lässt sich der prognostizierte personelle Engpass nach Kenntnis der Bundesregierung durch weitere Mechanisierung in der Holzernte ausgleichen?
8. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Aufgaben der staatlichen Forstverwaltungen (z. B. bei der Betreuung des Privatwaldes) zukünftig von privaten Dienstleistern im Rahmen einer freien Beförderung bewältigt werden können?

Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die derzeitig vorhandene Personaldecke bzw. die Zahl der zur Verfügung stehenden Forstdienstleister für die Bereiche Holzernte bzw. Rückung sowie Pflanzung bzw. Pflege?

9. Sieht die Bundesregierung angesichts der Problematik der zunehmenden Überalterung eine Lösung durch die Privatisierung von Staatswaldflächen?

Berlin, den 6. Dezember 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion